

Verkaufspreis:

Einzelheft 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 75 Pfennig, jährlich 3 Mark 50 Pfennig.

Dr. 'Vorwärts' mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verkaufsadresse: 'Sozialdemokratisches Verlagsbüro'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 18. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Sabotage des Reichsnotopfers.

Dem Reichstag lag heute morgen als Ergebnis der gestrigen Verhandlungen ein Antrag Trimborn-Diremann-Schiffer vor, der einen vollständigen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die beschleunigte Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers, vorlegt.

Diese Vorschriften finden keine Anwendung, soweit der Abgabepflichtige glaubhaft macht, daß die beschleunigte Erhebung der Abgabe die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz, die Entziehung des für die Fortführung des Betriebes erforderlichen Kapitals oder Kredits oder die Vereinträchtigung des angemessenen Unterhalts für ihn oder seine Familie zur Folge haben würde.

Die Änderung besteht hier darin, daß die Worte 'Die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz' eingefügt worden sind. Neu ist ferner ein Paragraph 9, wonach im Gesetz über das Reichsnotopfer § 23, Absatz 1, folgender Satz einzufügen ist: 'Wenn das hiernach der Abgabe unterliegende Vermögen den Betrag von 1000 M. nicht übersteigt, bleibt es von der Abgabe frei.'

Der Reichsfinanzminister hat ferner angefragt, daß die im Absatz 3 des § 1 angelegten Milderungen in wohlwollender Weise in der Anwendung zu berücksichtigen seien.

Die Herren Dr. Bedder und Dr. Nieber von der Deutschen Volkspartei haben sich jedoch mit diesen Zugeständnissen nicht begnügt. Sie haben einen weiteren Antrag eingebracht, wonach die Erhebung des Reichsnotopfers erfolgen kann, nicht bloß wenn die Fortführung des Betriebes, sondern auch 'die notwendige Weiterentwicklung' durch die beschleunigte Zahlung gefährdet würde.

Praktisch wird sich die Sache nunmehr so gestalten, daß ein sehr großer Teil der Steuerpflichtigen den Einwand der 'Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz' geltend machen wird. Diese Föhl würde sich natürlich noch bedeutend vergrößern, wenn, wie der Antrag Bedder-Nieber es will, auch die Gefährdung 'der notwendigen Weiterentwicklung des Betriebes' als Einwand geltend gemacht werden könnte.

Die Anträge machen ganz den Eindruck, als ob sie lediglich zu dem Zweck gestellt wären, um das ganze Reichsnotopfer zu sabotieren.

Erhöhung der Pensionen.

Der Reichstag hat am Sonnabend zunächst die Genehmigung zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Levi (Kommunist) wegen Ankaufs von Arzneimitteln und angeblichen Verkaufs ins Ausland verweigert.

Pensionsergänzungsgesetz.

Abg. Dr. Adly (Dem.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Eine Änderung erfolgt bezüglich der Unterschiedsbeträge. Die Regierungsvorlage sah 60 Proz. vor, der Ausschuss hat 100 Prozent festgesetzt.

Ein Regierungsdirektor stellt die finanziellen Konsequenzen fest. Im laufenden Jahre betragen 4 1/2 Milliarden Pensionen; sie werden im Laufe dieses Jahres auf 7 1/2 Milliarden steigen. Die Kosten dieses Gesetzes, die nach der Regierungsvorlage 900 Millionen ausmachen, kommen noch hinzu.

Abg. Hoch (Soz.):

Die prinzipielle Frage ist die, wie weit man bei der Bewilligung gehen kann. Das Gesetz soll kein Ausleihgesetz sein, sondern ergänzend und regelnd wirken. Die Regierung war sich von vornherein nicht klar, was geleistet werden kann und muß.

Präsident Eise erzielt die Redner mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung ihre Redezeit einzuschränken. In der Abstimmung werden die Anträge der Koalitionsparteien und der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des § 8 (einfache Abgabe) angenommen.

Gewerkschaft und Antistreichverordnung.

Der zu seiner 10. Tagung in Berlin versammelte Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner Sitzung vom 16. Dezember 1920 einstimmig folgende Entschlüsse an:

'Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichskabinetts am 10. November dieses Jahres eine Verordnung erlassen, durch die das Streikrecht in den Betrieben, die die Bevölkerung mit Wasser, Gas oder Elektrizität versorgen, unter Zwangsgewaltungsmaßnahmen gestellt und strafrechtlich eingeschränkt wird.'

Der Vorstand und der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertreten in Bezug auf das Streikrecht in den genannten Betrieben den gleichen Standpunkt, den der 10. Gewerkschaftskongress 1919 in Nürnberg hinsichtlich des Streikrechts der Eisenbahner eingenommen hat.

Obgleich wir diesen Vorstand und Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auch in diesem Falle Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Einschränkung des Streikrechts, das allen Arbeitern und Angestellten ohne Ausnahme zusteht, ablehnen und hier den Standpunkt, daß Streik nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verhandeln ist.

Die beiden gewerkschaftlichen Zentralvertretungen richten an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die auch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht vereinbare Verordnung vom 10. November 1920 wieder aufzuheben.

An die Arbeiter und Angestellten in den lebenswichtigen Betrieben richten Vorstand und Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den Appell, ihre Interessen nicht nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und sich nicht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft von unverantwortlichen Artisten in wilde Streiks hineinzulassen.

Deutschlands Entwaffnung.

Paris, 18. Dezember. (TA.) Pariser Blätter melden lafonsch: Die Vollstreckungskammer beschäftigt sich mit der Antwortnote Deutschlands auf die Klagen des Generals Rieffel über die verkappten Rüstungen Deutschlands.

Paris, 18. Dezember. (TL.) In der Kammer Sitzung fand eine große Debatte über die auswärtige Politik statt. Bezüglich der Demission des Kriegsministers erklärte General Castelnau, daß eine Verminderung der Truppenzahl erst erfolgen könne, wenn die Entwaffnung Deutschlands verwirklicht sei.

Rahr in Nöten.

Aus München wird uns geschrieben:

Die Früchte der bayerischen Politik sind überreif. Die 'föderalistische' Eigenbrödelei, die Nachahmung überlebter Polizeimethoden wie die Unterbückung der demokratischen Einrichtungen auf 'verfassungsmäßigem' Wege, sie stehen unmittelbar vor dem Zusammenbruch.

Der Versuch veranlaßt höchst drohliche Skizzen der Einwohnerwehrgewässer. Das Heim-Organ, der 'Bayerische Kurier', zieht aus der Antwortnote der Interalliierten Kontrollkommission den Schluß, sie gäbe den zu befreienden Weg der Verhandlungen an.

Mit der Entwaffnung der 40 000 Einwohnerverschützer wird es also nicht so geben, wie man es in München annahm, als die Reichsregierung in dieser Sache sich vor den Rahr-Güterwagen spannte.

Sintemalen die Rahr-Deute von noch anderen trübseligen Dingen heimgeführt werden. In München hatte sich alles, was nicht sozialistisch ist, zu einer reaktionären Masse zusammengeballt und unter der Firma eines 'Ordnungsblockes' den Versuch gemacht, vermittelst eines Volksbegehrens die sozialistische Mehrheit im Rathaus zu besetzen.

Um das Rah des Un'icks voll zu machen, unterbreitete der Genosse W. Saenger gelegentlich der Beratung des Aufsatzes im Landtage ein ganzes Bündel Fragen, deren Beantwortung dem hartgefolgten oder reaktionären Mitglieder der Regierung einiges Kopfschütteln verursachen dürfte.

Italienische Landtagsfraktion verlangte Untersuchung des März-
wunders; es seien 117 Fälle untersucht worden, ohne eine
Kraßbare Handlung feststellen zu können. Mit
dieser Umgruppierung der Ereignisse in der Nacht vom 13.
zum 14. März in einen verpöblichen Faschingsult dürften die
Kraß-Beute ebenfalls wenig Glück haben, wie mit dem Verzicht,
die von der „Münchener Post“ veröffentlichten „Dokumente
der Gegenrevolution“ in harmlose Stillübungen nicht ernst
zu nehmen der junger Leute umzuwandeln.

Die Praxis der Fraktion, alles was ihr zur Last gelegt
wird, in der dreifachen Weise abzuleugnen, schwarz in weiß
zu lehren und einzig und allein nach den in Bayern 200
Jahre lang gepflogenen Lehren der Jesuiten zu handeln,
wird ebenso zu einem „Schwarzen Tage“ führen, wie die an-
deren Kunststücke.

Noch hat der antichristliche Justizminister die Fragen
Saenger's nicht beantwortet, noch hat die Verhandlung
gegen den Wähler-Vertrauen Bräuer-Bräuer nicht stattge-
funden, noch wendet sich die Regierung in Krämpfen wegen
des Ausganges der Einwohnerversicherung. Die Situation ist
gespannt und die Luft schwül wie vor einem Gewitter. Das
Spiel auf der Veröhnungsbühne hat seine Wirkung verfehlt,
die Auslandspolitik und großmannsüchtige Eitelkeit hat
Schiffbruch gelitten und die Kraß-Beute können sich nur mit
den gewagtesten und unehrlichsten Mitteln auf den rück-
ständigsten Teil der Bevölkerung stützen. Dazu gehört
auch das Fährlein der 13 wackelnden Demokraten, von denen
mehr zu sagen einer unverdienten Ehre nabekommen würde.
Fazit der Kraß-Beute: Die eine reaktionäre Masse hat sie
zusammengeschweift und damit nach außen und innen Schiff-
bruch erlitten.

Der Kampf um das Lazarett.

Die Obstruktion der Kranken des Paradenlazaretts Tempelhof,
die ihrer Ueberführung in Krankenhäuser jeden erdenklichen Wider-
stand entgegensetzten, hat, wie die S.S.-Korrespondenz meldet, dazu
geführt, daß das Lazarett nach den Weihnachtsfeiertagen ge-
schlossen werden wird. Das Hauptversorgungsamt hofft, daß
die Patienten sich fügen und ihrer Ueberführung in Berliner
Krankenhäuser keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Diejenigen
Berlegten, welche der ärztlichen Hilfe nicht mehr bedürfen, sollen
Unterkunft in einem Uebergangshaus finden, von wo aus
verfügt werden wird, sie in geeigneten Stellungen nach ihrer völli-
gen Befundung unterzubringen. Sollten die Kranken wiederum
durch Obstruktion ihre Verlegung in andere Lazarette unmöglich
machen, so wird das Lazarett geschlossen, das Pflegepersonal
zurückgezogen und die Nahrungsmittel- und Kohlenzufuhr für
das Paradenlazarett gesperrt.

Wie und weiter imdrittels wird, besteht innerhalb der Lazarett-
kommission, einer Vereinigung der Vertrauensmänner aus den
Groß-Berliner Lazaretten, die Ansicht, das Tempelhofer Paraden-
lazarett, falls das Versorgungsamt zu energischen Maßnahmen
greift, aus eigenen Mitteln weiter zu unterhalten. Die In-
sassen der anderen Lazarette haben sich bereit erklärt, Lebensmittel
und Kohlen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Kein Ehrabschneider?

Aus Neustettin wird uns berichtet: Wegen Verleumdung
des kommissarischen Kommandanten Genossen Basselt verurteilte das
bisherige Schöffengericht den Rittersgutsbesitzer v. Herz-
berg-Lottin zu der höchst zulässigen Geldstrafe von
1500 Mark und sprach den als Nebenkläger auftretenden kommissari-
schen Landrat Publikationsbesitzer in der hier er-
scheinenden „Köln. Presse“ zu. Von Herzberg hatte, wie die Ver-
handlung ergab, zu dem ausgesprochenen Prozeß, den Genossen
Basselt vom Amie zu entfernen, in einer in der „Köln. Presse“
veröffentlichten Annonce behauptet, der kommissarische Land-
rat wäre nach einer Fehde in betrunkenem Zustand von einem
Güterknecht verprügelt worden. In der ganzen Geschichte war
natürlich kein wahres Wort. — Interessant ist nun aber folgendes:
Einem Sozialdemokraten in Wuppig (ebenfalls wie Neustettin im
erleuchteten Hinterpommern), der gesagt haben soll: „Jagt die

Agrierer von ihren Höfen,“ verurteilte das dortige Schöffengericht
zu drei Monaten Gefängnis. Und nun leugne noch einer, daß bei
uns gleiches Recht für alle bestehe.

Das Urteil gegen Herrn v. Herzberg-Lottin dürfte
aber auch deswegen interessieren, weil dieser Herr in der gleichen
Sache den „Vorwärts“ verklagt hat. Als nämlich die ge-
meine Annonce gegen Genossen Basselt erschien, nannte der „Vor-
wärts“ Herrn v. Herzberg-Lottin einen Ehrabschneider. Da-
durch führte sich der Herr in seiner Ehre gekränkt und klagte. Das
Gericht beschloß, die Sache bis zur Entscheidung über die Klage des
Genossen Basselt zu vertagen. Nach dem Urteil des Schöffen-
gerichts kann jeder beurteilen ob der „Vorwärts“ Herrn
v. Herzberg-Lottin zu Unrecht einen Ehrabschneider ge-
nannt hat.

Wahlscheine in Lippe.

Der lipplische Landtag, der am 23. Januar nächsten
Jahres neu gewählt wird, hat in dritter Lesung eine Landtags-
wahlvorlage angenommen, die wohl als einzige in Deutsch-
land die Wahl mit sogenannten Wahlscheinen vorsieht. Der
Landtag hat damit den besonderen Bedürfnissen Lippes Rechnung
getragen, dessen Bevölkerung zu einem nicht unerheblichen Prozen-
tatz auf Wanderarbeitern besteht, die während eines großen Teiles
des Jahres außerhalb ihrer engeren Heimat ihr Brot verdienen
müssen.

Kampf um die weltliche Schule.

Hamburg, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vor-
wärts“.) Die Hamburger Oberschulbehörde, die durch den Ent-
scheid des Reichsgerichts gedrängt ist, den Religionsunter-
richt, der bisher an den Hamburger Schulen durch Verordnung
des Arbeiters- und Soldatenrats abgeschafft war, wieder ein-
zuführen, versendet an die Eltern und Erziehungsberechtigten
Schreiben, in denen diese aufgefordert werden, falls sie es wün-
schen, daß die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen, eine
entsprechende Erklärung abzugeben. Wenn diese Erklärung nicht
abgegeben ist, wird angenommen, daß ein Religionsunterricht nicht
gewünscht wird. Von der Sozialdemokratischen Partei und ver-
schiedenen freigeistigen Bündeln findet in Hamburg eine lebhaft
Agitation dafür statt, diese Erklärung nicht abzugeben. Die
Sozialdemokratie folgt nur ihrem Programm, wenn sie die Welt-
lichkeit der Schule fordert.

Rheinland im Druck.

Koblenz, 18. Dezember. („Reif. Ztg.“) Nach einer neuen Ver-
ordnung der interalliierten Rheinlandkommission sind die Eisen-
bahnen verpflichtet, vom 1. Januar 1921 ab einen Win-
destlohn von 30 Tage aufzustellen. (Woher? Red.) Ferner
hat die interalliierte Rheinlandkommission ein weiteres Kon-
trollrecht über die Vollziehung der von den militärischen
Gerichten verhängten Freiheitsstrafen beantragt, indem sie ins-
besondere die Art der Vollziehung in deutschen Gefängnissen und
die Ueberführung aus einer Strafanstalt in die andere kon-
trolliert.

Die Brüsseler Konferenz.

Es liegen verschiedene Privatmeldungen vor, wonach
Frankreich geneigt sei, auf Wiederutmachung in Gütern
einzugehen, die einen engen Zusammenschluß der deutschen
und französischen Wirtschaft voraussetze. Nichts könnte uns
lieber und Europa nützlicher sein! Unter der Voraussetzung
ausreichender Sicherung des deutschen Wirtschaftslebens und
Stützen der deutschen Valuta soll Staatssekretär Bergmann
auch deutsche Goldzahlung als möglich bezeichnet haben; auch
soll Deutschland den Erwartungen auf Vorlegung eines
Plans für die Wiederutmachung entsprochen haben.
Wenn all das richtig ist, läßt sich die Brüsseler Konferenz
besser an, als nach allerhand Höf- und Drohpreden zu befürchten
war. Doch seien wir nicht zu hoffnungsvoll, damit wir nicht
gar zu bitter enttäuscht werden.

Widerrechtlichmugelung der Theatergenur soll jetzt in Bayern
ganz offen durchgeführt werden. Darinsenen, die bei der Auf-
führung von Ernst Toller's neuem Drama „Masse
Mensch“ sich abspielten, gaben den Anlaß zu einer konservativen
Anfrage in der Kammer, die von der Regierung durchaus nicht
nach Gebühr abgewiesen wurde. Die Regierung hat vielmehr nach
ihrer Erklärung der Polizei ein Verbotrecht eingeräumt
gegen Stücke, deren Aufführung zu Vergehen gegen das Strafgesetz
führen können. Sie begründet diesen Streich mit dem Hinweis
auf die allgemeine Verpflichtung der Polizei, Ruhe und Ordnung
aufrechtzuerhalten. Mit Zensur — sagt die Regierung — habe
das nichts zu tun. Geißt ausfälliger Reaktion!

„Der Selige“ und „Das Wunder“. Das kleine Theater
sichert sich etwas frühzeitig sein Karnevalsprogramm, indem es
Ludwig Thomas Schürre „Vollständiges Geburtstags“ und einen
etwas trumm gewordnen Schwanz von Hermann Bahr auf-
führt, genannt „Der Selige“. Der Selige ist der brave Soldat,
der für tot gilt; seine Frau Gemahlin hat einen Ersatz genommen.
Nun geht die Frau, eine brave und geschäftstüchtige Wirts-
meisterin, wieder besseren Zeiten entgegen. Das Glück der beiden
Gatten wird vollkommen, da sich ein Püblem einstellt. Des seligen
Gedens umflortest Bild und die Ehrenabne des Regimentes, die den
Tod feststellte, hängen inzwischen während an der Wand. Es
kriecht ein wenig bei den neuen Eheleuten. Der Selige beherrscht
alles. Welch ein prächtiger Keel, hinter dem das Kreuz gemacht
wurde! Frau Weisterin spielt immer die Tugend des erien gegen
den zweiten aus und die Nachbarschaft tut das gleiche. (Mauspassant
hat die But des letzten auf den Seligen auch schon einmal skizziert.)
Da kommt der To-geplante unerhofft aus der Gefangenschaft nach
Dauke. Er ist wieder gesund. Die Soldatenbrut ist geschnitten
mit Orden. Er ist aber ein gemüthliches Gespenst. Die beiden Ehe-
gatten, dersteifen Frau Weisterin, setzen sich an den A-spektisch und
versuchen, die schwierige Angelegenheit ins Lot zu bringen. Weil
sie nicht leisten, weil sie sehr artig sind, weil sie ohne A-spektistenfall
und nur mit Verstand auskommen möchten, ist die Sache eine Zeit-
lang recht lustig. Sie verhandelt schließlich. Aber Vöge ist ein
unerschütterlicher Held, er ist heisler nicht nur Moralist, für den er
sich gern ausgeben möchte. Das nicht der Stöcklichkeit seines Stück-
leins, obwohl die Komödie am Schluß etwas abmagert. Frau
Grünung spielt solche fette Wüderheit mit Wägen Weisheit
und Kunbung, Herr Licht und Herr Kaiser rüden sich sehr
heiter in das gegenseitig gewedte Ehemannsgewissen hinein.

Kan spielt zu der Schürre einen literarischen Kaktus, den ein
wenig Revolutionslärm durchdringt. Es ist der Einakter „Das
Wunder“ von Wolfgang Gök. Aber es handelt sich nur um
eine Palmrevolution von 1848. Von den Berliner Carristen
haben nur ein wenig Gellier und Hütenscheffe in das friedliche
Zimmer des jungen Adligen, der Besau liegt und selbst von der
Welt nichts wissen möchte. Der junge Baron liebt heimlich ein
leichtes Theatermädchen, das in der Wöhrnstraße wohnt, aber in
Wien die Schule geliebt hat. Das Mädchen scheint sich zwar
dann die Maria Stuart zu spielen, es ist aber noch ein Späkelein.
Es benutzt ganz einfach die Revolution, um dem jungen Aristo-

Um Wilna.

Kowno, 18. Dezember. (Lit. Telegr. Agentur.) Der mit
Polen abgehoffene Waffenstillstand scheint von neuem
gefährdet zu sein. In den letzten Tagen mehren sich die in
Wilna ankommenden Militärtransporte. Man erwartet
eine neue polnische Offensiv, und zwar des bisherigen General-
stabschefs Jędrzejowski, des Obersten Bobicki, um die Wilnaer
Truppe wieder ins Rollen bringen und die Entsendung von inter-
alliierten Truppen als unabwendbar erscheinen zu lassen.

In der neutralen Zone häufen sich die polnischen Ueberfälle
auf friedliche Bewohner. Die litauischen Grenztruppen haben
mehrfach jagat Angriffe auf ihre Stellungen abweisen müssen, was
polnisehrerits als Bruch des Waffenstillstandes ausgelegt worden
ist. — In der Wilnaer Plebiszittage verharzt die li-
tauische Regierung auf dem von ihrem Delegierten Prof. Wolde-
mor bei dem Völkerverbund vertretenen Standpunkt, wonach eine
Vollklausur prinzipiell und ausschließlich in dem Gebiet süd-
lich der Linie Cranz-Bjainun-Kolodetschno stattfinden soll.
Ferner verlangt die litauische Regierung eine Vollbefragung auch
in den zurzeit von Polen besetzten Gebieten des ehemaligen Gou-
vernements Samaki, den Kreisen Seimg und Augustowo, und
zwar überall nicht vor Ablauf von sechs Monaten, bis eine auf
demokratischer Grundlage zustandgekommene Selbstverwal-
tung in den Gebieten gebildet ist.

Vom Völkerverbund.

Genf, 17. Dezember. (M.B.) Der Völkerverbund prüft
heute die Mandatsprojekte, die ihm von einigen Mitgliedern
unterbreitet wurden. Die Mandate sind: Samoa (das Neuseeland
zugehört), Neu-Guinea und die anderen Inseln südlich vom
Äquator (Australien), Kauru (England), das frühere Deutsch-
Ostafrika (Südafrika), die Inseln des Stillen Ozeans nördlich vom
Äquator (Japan). Der japanische Vertreter machte Vor-
behalte über die Behandlung japanischer Untertanen in den
Mandatsgebieten; der Kaiser sagte Beschlüsse über die Mandats-
ausübung.

Das Mandat über Samoa wird im Rahmen Neuseelands von
England ausgeübt.

Ein Antrag Late Jonescus (Rumänien) auf Entsendung
eines internationalen Expeditionskorps von 10000 Mann nach
Armenien, das dem Befehl des interalliierten Generalstabes unter-
stellt werden soll, wird der Spezialkommission der Versammlung
überwiesen mit dem Auftrage, in der morgigen Sitzung darüber zu
berichten und einen Antrag einzubringen.

In der Staatsdebatte bemängelte eine Anzahl Delegierter
die Höhe der Gehälter.

Allen Neuseeland und Sir Wilam Meyer-Indien sagten,
das Gehalt des Generalsekretärs mit 200000 Franc in Gold
sche in keinem Verhältnis zu Ministergehältern in den einzelnen
Staaten. Valfour-England wies diese Kritik zurück. Die
Gehälter des Generalsekretärs seien durch den Vertrag selbst fest-
gesetzt worden. Schließlich wurde das Budget mit 21 Millionen
Mark für 1921 angenommen.

Pum Schluß gab Präsident Dumans bekannt, daß die Spezial-
kommission, die sich mit der Frage zu beschäftigen hat, ob die fünf
neu aufzunehmenden Staaten nach in dieser Tagung zuge-
lassen werden sollen, zu dem Schluß gekommen sei, daß einzig der
in Genf anwesende Vertreter Finnlands ausreichende Voll-
machten habe, um an den Sitzungen teilzunehmen, während die
Vollmachten Oesterreichs, Bulgariens, Luxemburgs und Albanien's
nicht genügen. Nichtbestimmteiger beantragte die Kommission,
sämtliche Vertreter an der morgigen Sitzung teilnehmen zu lassen.
Diesen Antrag stimmte die Versammlung zu.

Danzig. Der Völkerverbund bestellte den englischen Ge-
neral Dakin zum Oberkommissar für den „Freihaat“ Danzig.
Waher war von einem italienischen Zivilisten die Rede
gewesen.

Auslandsrundschau.

Eine amtliche Athener Verkaufsbearbeitung teilt mit: General
Gymnastafis, Oberbefehlshaber der griechischen Armee in
Thragien (Thessalien) habe den Versuch gemacht, in ver-
schiedenen Gegenden der Provinz einen Aufstand hervor-
zurufen. Da der Versuch gescheitert sei, sei der General mit
mehreren Offizieren nach Konstantinopel abgereist.

fraten eine Komödie aufzuführen. Der gefühlvolle Herr ist aber
auf Wunder und Verzüglichung eingestellt. Da ihm das Herzge-
müt nicht glückt, läßt er, schon ernüchtert, die Liebte stehen und
geht zu Friedrich Wilhelm IV. nach Potsdam. Das Mädchen soll
übrigens gerade aus der Wadewanne kommen, es hat also Gelegen-
heit, Dinge zu zeigen, die selbst mit einer kleinen Revolution wenig
zu tun haben. So wird die Dunkelheit der politischen Stimmung
wenigstens durch ein paar erblühte Frauenanschautern und deren
singende Umgebung erhellt. Herr Rodégg spielt den Aristokraten
sehr gut, sehr vornehm, recht im Stile des Wiedermaierhöfstenrodes.
Da Orloff scheint, soweit nach den Leistungen der letzten Monate
zu urteilen ist, das Gefühl für die feineren Farben und Geelen-
dichter verloren zu haben. Schade! Mag Hochdorf.

Olive Schreiner f. Aus Kapstadt wird gemeldet, daß Frau
S. U. Crommrich Schreiner, die als „Olive Schreiner“ durch ihre
Dichtungen und ihren Kampf für die Frauenrechte und gegen Un-
gerechtigkeiten aller Art einen Welttruf besaß, gestorben ist. Sie war
die Tochter eines deutschen Politikers, der eine Engländerin heiratete.
Aufgewachsen im südafrikanischen „veld“, mitten hineingeworfen in
den rücksichtslosen Kampf der Engländer um dieses Land, ist sie
nicht erst nach dem Burenkrieg, die höchste Kritikerin der bri-
tischen Befriedungspolitik gewesen. Die Schmach der Konzen-
trationlauer hat sie mit kammenden Worten geäußert, wie sie nur
einer Dichterin zu Gebote stehen. In der Erzählung „Die Ge-
schichte einer afrikanischen Form“ schilderte sie ihre eigene Jugend,
ihre Leben unter den südafrikanischen Buren, den Zusammenstoß
der Zivilisation mit den Eingeborenen, denen ihr Vater als Mi-
ssionar nach Valutoland hin geschickt hatte. In einer späteren
Dichtung schloß sie die Fgur des Reichers „Peter Gollert von
Waldschonau“. In einem großen Werk legte sie ihre Ideen zur Frauen-
frage nieder. Aber im Burenkrieg vernichteten plündernde en-
gliche Soldaten ihr Manuskript. Als sie nach dem Kriege heim-
kehrte, fand sie nur noch die verbliebenen Reste. Sie schrieb das
Buch von neuem. Wir besitzen das letzte Werk der Olive Schreiner,
„Die Frau und die Arbeit“, in einer kurz vor dem Krieges-
ausbruch bei Eugen Diederichs in Jena erschienenen Uebersetzung.

Erkennungsbüchlein der Woche. Di. No. 1. Theater: „Reichlich
Schiller, der Inhalt der Menschheit“. Ml. Deutsches Theater: „Götter
und Menschen“. — Neues Opernhaus: „Die Schilke“. — Th. Neues
Opernhaus: „Meister“. — Komische Oper: „Reinholden Barak“. —
Lustspiel-Theater: „Das Sirenenwunder“.

Theater. In den Kammerkassen steht am 21. Dezember in Ab-
änderung des Spielplans Strindberg's „Fischerhölzer“ in Szene. Die ihr
„Stella“ gesehen hatten werden auf Wunsch bis zum 21. Dezember von der
Kasse umgetauscht.

Das Schicksal Georg Kallers. Wie uns der Verleiher Georg
Kallers, Rechtsanwalt Dr. Leo Sommer, aus München berichtet, ist der
Dichter jetzt endlich dank des Verdringens der dortigen Behörden in die
Wohlfahrt ins Asyl in München gebracht worden. Es heißt sich immer
deutlicher heraus, daß Kaller die ihm zur Zeit geliehenen Strafbaten in
einem völligen Dämmerzustande begonnen haben muß, und zwar zu einer
Zeit, als er in fieberhafter Arbeit mit seinen letzten Werken beschäftigt war.

Er hat gewiß gebettelt!

Von Erna Bösing.

Es ist kalt und glatt und die Fenster der Straßenbahn sind
dünn bereist. Dann und wann haucht ein Fahrgast, anstrengend
und geräuschvoll, ein Wörtchen in die Eiskruste der Scheiben. Ein
Wörtchen unterhält sich in wohlgelesenen Worten über den verlorenen
Krieg und dieses In-Ehren-Untergehen. Sie hat, dank Puder-
pöppel und Eau de Cologne, den stumpfen, interessanten Teint der
vornehmen Gesellschaft, dazu trägt sie einen Zylinderhut, unter
dem sich ein elegantes Gesicht gut ausmacht. Wieleicht jammert
sie darum so in Erbgeistesform über Würdelosigkeit. Er trägt
zwei Diamantringe übereinander. Das verrät den Kriegsgewinn.

Vor ihnen ein einbeiniger Kriegskrüppel. Schlecht im Bezug
und mit einer sehr ausgefällenen Soldatenmütze, daß man sie
schon bald farblos nennen kann.

Zeit ein paar Tagen hat er Beschäftigung. Es gibt ja gute
Verordnungen über Einstellungen und es gibt wenige, die davon
betroffen werden. Doch seit einigen Tagen hat er Arbeit, leichte,
mechanische, er legt Briefe ab. Denen ist es ja gleich, wie ein
Mensch durch den Krieg gekommen ist. Heute bekam er sein erstes
Geld. Ach, wie froh ist er darüber. Nach wie langer Zeit hat er
mal endlich wieder selbstverdientes Geld in den Fingern! Und
Weihnachten steht vor der Tür! — — — Und das Leben ist so
schonhaft locker! — — — Refusam zählt er sein Geld, diese
beachtlichen Papierlappen!

Da er hat hinter ihm die Stimme der Dame: „Der hat gewiß
gebettelt!“

Etwas Starres kommt in das Gesicht des Invaliden, das ganz
plötzlich einen grünen Schimmer hat. Er nimmt nicht die
Kritiken und schreudert sie dem freien Bad ins Gesicht. Zum Horn
fehlt ihm die Kraft. Er weint auch nicht. Die Wölkchen der Tränen
bleibt ihm verlogt. Er unterdrückt auch kein Schluchzen. Einer
Gemeinschaft, die sich in früheren Zeiten befand, ist er nicht
mehr fähig. In ihm ist alles tot, denn der Glaube an die Mensch-
heit fiel wie Blunder von ihm ab.

Er wird in den Schawenstern noch viele Monate Weihnachts-
kugeln sehen und sie werden ihm blind erscheinen; sein Auge wird
auf Christkindens Haar fallen und es wird ihm wie ein ruppiger
Strich vorkommen; er wird grüne Tannen wahrnehmen und sie
werden für ihn nicht; was mehr Erinnerungswert haben.

Ich aber denke, wieviel Liebe müssen wir erst in uns auf-
speichern, wieviel Liebe müssen wir erst aufstrahlen, wenn wir
keine Hilfe begehen wollen, indem wir Weihnachten, das Fest der
Liebe feiern.

Groß-Berlin

Verkehrschmerzen.

Doch eine Weltstadt mit der Ausdehnung, der Bevölkerungsdichte und der Verkehrsmittel von Groß-Berlin ohne ausreichende und taugliche Verkehrsmitelungen nicht leben kann, ist eine Unmöglichkeit, über die nicht mehr zu reden ist. Wie liegen aber heute die Dinge? Während des Krieges hat man alles gehen lassen, wie es gehen wollte — mehr schlecht als recht, immer mit der Hoffnung, daß nach dem Kriege die unholdbaren Zustände von Grund aus umgestaltet werden müßten. Der Krieg ist seit zwei Jahren beendet, aber von der erhofften Besserung ist nichts zu sehen, und was schon vor vier und fünf Jahren „unhaltbar“ war, scheint leider recht haltbar zu sein. Das einzige, was sich geändert hat, sind die Fahrpreise. Aber wenn die Berliner Bevölkerung erwartet hatte, daß mit den gestiegenen Preisen die Leistungen im Schritt halten würden, so war das ein Trugbild. Heute muß man sagen, daß unsere Verkehrsverhältnisse außerordentlich schlecht — im eigentlichen Sinne des Wortes — geworden sind. Das erweist jeder Fahrgast, der die unpopuläre, unhygienische, jedes Anstandsgefühl verletzende Ueberfüllung in der Straßenbahn, in der U-Bahn, auf der Stadt- und Ringbahn aufhalten muß, tagtäglich am eigenen Leibe. Es will aufstößig, wenn man sieht, daß nichts, aber auch gar nichts geschieht, um wenigstens diesem Uebelstande entgegenzutreten abzuwehren. Im Gegenteil — selbst gegenüber der Krise ist teilweise eine Verschärfung zu verzeichnen. Am Sonntag vormittag zum Beispiel wird auf zahlreichen Linien der Straßenbahn ohne Rücksicht auf die Fahrgäste, mit dem Erfolg, daß die Ueberfüllung der Wagenstände konstant in die Höhe steigt, die Ueberfüllung der Wagenstände konstant in die Höhe steigt, die Ueberfüllung der Wagenstände konstant in die Höhe steigt.

Man verweist auf die Besserung, die von den in Bau befindlichen neuen U-Bahn-Linien, wenn sie mal fertig werden, kommen soll. Aber wie sieht es denn mit der Linie Gleisdreieck-Wittenbergplatz? Die sollte ja die schon vor Jahren demnächst geordnete Entlastung für den Verkehr nach dem Westen bringen. Doch scheint der Bau dieser Linie seit langem vollständig zu ruhen, und niemand weiß, wann er wieder aufgenommen oder gar vollendet wird. Zwischenzeitlich könnte wenigstens doch eine teilweise Funktion und auch durch höhere Wankkraft in der Abfertigung der Züge an den Endstationen Abhilfe geschaffen werden. Der Gehmüthigen-Verkehr auf der Linie Warschauer Straße-Gleisdreieck, der heute noch beliebt wird, ist ebenfalls der Berliner Verkehrsnot ein Hindernis. In den Tagen des letzten Straßenbahnstreiks hat die Direktion der U-Bahn gezeigt, daß sie auch anders kann. Zwischenzeitlich sind die Tarife ohnehin erhöht worden. Dies legt der Direktion die Pflicht auf, die erhöhten Leistungen von damals, die sich in den Entlastungen der Gesellschaft wiederfinden dürften, zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Schließlich ist das Unternehmen doch mehr für die Bedürfnisse des Publikums, als für die Dividenden der Aktionäre da!

Wohnungsamt, greif zu!

Sind schon alle Baulandstücke, die zu Wohnungen umgewandelt werden könnten, durch das Wohnungsamt beschlagnahmt worden? Wir meinen nicht die für Vereine bereitgehaltenen Hinterzimmer von Restaurants, sondern die besonderen Quartiere, die für manche Vereinigungen in Wohnhäusern eingerichtet sind. Inanspruchnahme von Wohnräumen durch einen Verein, der sich ausschließlich an einen Zweck pro Woche bezieht, ist in Zeiten der Wohnungsnot ein gemeinsinnlicher Zug. Man braucht dabei nicht auf ein nobles Klub- oder Studentenische Verbindung zu denken, die ihre hochwichtigen Zusammenkünfte lieber in einem eigenen Heim als in irgendeinem Restaurant voranzutreiben wollen. Auch Religionsvereine können davon profitieren, für ihre Versammlungen sich ein besonderes Quartier vorzusuchen. In Berlin-Köpenick hat z. B. im Hause Loggitz 78 eine evangelisch-lutherische Vereinigung einen Boden für anschließenden Räumlichkeiten, in denen ihre Sitzungen abgehalten werden. Das Wohnungsamt schon mal die Probe gemacht, ob aus den Räumen nicht ein paar Wohnungen zu machen wären?

Schwedischer Christbaum im Gefflenhaus.

Eine überaus sinnige und großherzige Geste bereiten Schwedische Familien den Tausenden von armen Berliner Kindern, die im Sommer durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes bei ihnen in Pflege gewesen waren. Jede dieser Familien sandte viele und große Pakete mit Kleidern und Lebensmitteln (Käse, Butter) zur Befriedigung der Pflegekinder unter dem Christbaum. Die Abteilung Schwedische Hilfe für das Deutsche Rote Kreuzes veranstaltete im Gefflenhaus eine Weihnachtsfeier, der u. a. der Schwedische Gesandte in Berlin Baron Essen, Fraulein v. Fleck als Delegierte des Schwedischen Roten Kreuzes und Fraulein Klerck, die Leiterin der Berliner Abteilung von „Hjälpa barnen“ sowie Tausende von Kindern und deren Familienangehörige beizuhören. Der Vorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes, Herr Bundesdirektor v. Winzelsfeldt, dankte in einer Ansprache den Schweden für ihre großherzige Liebigkeit. Im ganzen waren 4500 Kinder während des letzten Sommers in Schweden verpflegt; 500 befinden sich heute noch dort über die Winterzeit, die übrigen erhalten die nach Deutschland gesandten schwedischen Weihnachtspakete.

Zum Hotelbesitzerstreik.

Der Verein Berliner Hotelbesitzer und verwandter Betriebe hat in seiner gestrigen Versammlung im Hotel Eplanade zu der momentanen Lage Stellung genommen. Die Küchenbetriebe sollen weiter geschlossen bleiben. Die Versammlung nahm Kenntnis von dem § 3a der neuen Bundesordnung, der mit einer gewissen Bemühen begründet worden ist, obwohl er den Wünschen des Gewerbes nicht voll Rechnung trägt. Für heute sind verschiedene Unterhandlungen mit Behörden und Regierungskreisen vorgesehen. Es wird erwartet, daß eine Verständigung angebahnt wird, um einmal den für Berlin unerträglichen Zustand zu beenden und außerdem die Schließung der Küchenbetriebe in ganz Deutschland in letzter Stunde noch zu verhindern.

Die Kreisvertreterversammlung des Kreises VII.

Charlottenburg, nahm im Volkshaus Stellung zu den Kandidatenwahlen. Nach einem kurzen einleitenden Referat des Kreissekretärs Genossen Loh, der die Wichtigkeit dieser Wahl für die Sozialdemokratie ganz besonders hervorhob, wurde zur Aufstellung der Kandidaten geschritten. Der Kreis VII wird dem Bezirksag folgende Genossen als Kandidaten vorgeschlagen: Ernst Heilmann, Rektor Blum, Ströbel und Genossin Frau Jüder.

Auch ein Raubüberfall. Eine überaus schreckliche Aufführung fand ein Raubüberfall, der vor einigen Tagen dem Amtsvorsteher in Großbessingen gemeldet und von diesem der Berliner Kriminalpolizei mitgeteilt wurde. Bei dem Amtsvorsteher erschien ein Mann namens Kubilus, der blutig geschlagen war und mitteilte, er sei im Walde von mehreren Männern überfallen, niedergeschlagen, schwer mißhandelt und um 300 M. beraubt worden. Einen der Täter habe er erkannt als einen Arbeiter Paul Schneider aus Berlin. Die hiesige Kriminalpolizei schickte sofort auf diesen Schneider, ermittelte ihn auch und nahm ihn fest. Jetzt aber bekam der Raubüberfall ein anderes Gesicht. Kubilus, der sich als ein arbeitscheuer und wiederholt bestraffter Mensch erpüpte, hatte Schneider veranlaßt, mit ihm in die Gegend von Königsmusterhausen auf den Einbruch zu gehen. Schneider wurde bald auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Jetzt begab sich Kubilus zu seiner Frau, um bei ihr den Verhafteten zu vertreten, wurde jedoch abgewiesen. Gleich darauf erhielt Schneider Strafaufschub und kam nach Hause. Als ihm seine Frau nun erzählte, was Kubilus ihr angetan hatte, beschloß er, dem falschen Freunde einen Totschlag zu geben. Er veranlaßte zwei andere Männer, diesen nach Großbessingen mitzunehmen, um dort Einbrüche auszuführen. Auf dem Wege nach dort wurde Schneider im Walde über ihn her, mißhandelt ihn in Gemeinschaft mit Schneider und ließ ihn liegen, ohne ihm irgend etwas zu rauben. Jetzt wird er sich selbst wegen Einbruchdiebstahls und Schneider außerdem wegen Körperverletzung zu verantworten haben.

Ordnung der Frachtkarte. Auf eine in Elberfeld gestohlene wertvolle Truhe im Werte von mehreren hunderttausend Mark fandet auch die hiesige Kriminalpolizei. Die Truhe ist ein sehr altes Stück, dessen Verfertigung ohne Zweifel eine Arbeit von mehreren Jahren erfordert hat. Dem Eigentümer, Professor Lauterbach von der Kunstgewerkschule in Elberfeld, war erst unlängst eine ganz bedeutende Summe für das Kunstwerk geboten worden. Die Truhe ist aus Kupfer gefertigt und mit Eisenblechen und Edelsteinen verziert. 30 Zentimeter hoch und 40 Millimeter schwer. In den Enden befinden sich Kupferhaken mit Silberbeschlägen, die mit Goldbeschlägen und Perlen besetzt sind. Der Deckel trägt eine getriebene Schlange, deren Kopf als Griff dient.

Ein Bilderdiebstahl. Das Retuccio Voloni gehörende Bild des im Kriege gefallenen italienischen Juristen Vocioni, das der Künstler einer bekannten Berliner Kunsthandlung in seiner Abwesenheit zur Aufbewahrung gegeben hatte, ist jetzt bei diesem gestohlen worden. Das 3 Meter breite, 2 Meter hohe Werk stellt eine im Tschuden begriffene Stadt dar; hinten ein neu angebautes verkehrsbereiches Viertel, vorn die Bazararbeiten zu weiteren Quartieren mit Arbeiter- und sieben Passagieren, von denen das vordere fast lebensgroß wiedergegeben ist.

Eine Paketbesprechung mit norwegischen Dampfern ist nach einer Mitteilung der norwegischen Postverwaltung zwischen Hamburg und Bergen möglich. Postpakete und Postfrachtpakete mit und ohne Verladung nach Norwegen werden daher zur Leitung über Hamburg wieder angenommen, erlauben jedoch einstellende noch Verzögerungen. Die übrigen Leitwege nach Norwegen — über Schweden und Dänemark — bleiben noch gesperrt. Alles Nähere ist bei den Postanstalten zu erfahren.

In großer Verlegenheit befinden sich eine ganze Reihe von Haushaltungen in Pichlerfeld, die bei der Firma Berger u. Kulp zum Bezug von Postkarten eingetragene sind, aber seit Oktober keine Pakete bekommen haben, obwohl sie längst im voraus bezahlt wurden. Viele Familien haben keine einzige Postkarte mehr im Haus und müssen die Postkarten kriegen, wenn diesem Uebelstand nicht abgeholfen wird. Die Firma Berger u. Kulp erklärt ihren Kunden, daß sie alle Arbeit in Bewegung gesetzt habe, aber keine Postkarten bekommen können.

Vielleicht nimmt die zuständige Kohlenstelle Gelegenheit, sich dazu zu äußern.

Auf Einschränkung des Verbrauchs an Freimarke hat das Reichspostministerium die Überpostreklamen ersucht, derentsprechende zu prüfen, daß unter gewissen Voraussetzungen, namentlich, wenn als Sondermarken Selbstbesitzer die erweiterte Vorbereitung von Wert, Einschickung und gewöhnlichen Paketen für die Einlieferung bei der Post gestattet ist, erlaubt werde, die Freimarke nicht durch Aufkleben von Freimarke, sondern mit Ueberweisung oder Scheid zu entrichten.

Unentgeltliche Anpflanzung jederzeit. Zur Entlastung der vermehrt vorhandenen öffentlichen Anlagen in Groß-Berlin werden in der nächsten Zeit Anpflanzungen für die Gärten und Wälder in massen vorgenommen. Anpflanzung können dabei Bäume und Sträucher von 1 bis 2 Meter Höhe sein. Auch erwachsene Bäume können bis zu 10 Meter Höhe in der Auslieferung an den Empfänger einer Bewässerung imstande sein. In der genannten Zeit werden ferner von den Bäumen und Bepflanzungen über angeblich schädliche Folgen der Anpflanzung berichtet.

Connenweiser des Bundes entschiedener Schulreformer. Sonntag, 18. Dezember, bei Wahnrower Schule. Treffpunkt 1/2 Uhr abends vor dem Bahnhof Heddenhagen-Platz (Wannsee). Zusammenkunft, Anpflanzung des „Kaisers“. Gäste willkommen.

Freizeitliche Gemeinde. Sonntag, 11. Uhr im Rathaus. Treffpunkt 1/2 Uhr abends vor dem Bahnhof Heddenhagen-Platz (Wannsee). Zusammenkunft, Anpflanzung des „Kaisers“. Gäste willkommen.

Einbruch in die Brüder Ordenskirche. In der Nacht vom 15. zum 16. d. M. wurden Diebe das Kassenlokal der Allgemeinen Ordenskirche Berlin-Brüder Ordens, 82. beim. Sie drangen von dem dahinterliegenden Friedhofe in den Keller ein, erbeuteten das Schloß der Eingangstür zur Kasse und entwendeten, nachdem sie in einem Zimmer die Vorkänge von 2 Fenstern zerbrochen hatten, eine Schreibmaschine (Typen 10 801) und 2 Bureaujackets. Den Geldschrank ließen sie unangehört.

Genossenschaftliche Erziehung.

Doch der Aufbau des Volkstums und des Menschentums nur möglich ist durch genossenschaftliche Erziehung. Diesen Grundgedanken hat schon auf der Reichsschulkonferenz im Juni 1920 Professor von Katoir in überzeugender Art und Weise entwickelt. Seine damalige Ansprache ist nun unter dem obigen Titel als Broschüre erschienen (Berlin Julius Eyringer, 46 S.). Katoir der wissenschaftliche Begründer der modernen Sozialpädagogik, verlagert hier eine gänzlich Neupflanzung der Erziehung und mit ihr der wirtschaftlichen, der staatlichen Ordnungen auf dem allein tragfähigen Grunde der Genossenschaft schaffender Arbeit, Geist und Arbeit, Arbeit und Geist, die zwei müssen sich zusammenfinden, anders ist kein Heil. Es muß ermöglicht werden, was an sich ja doch schon möglich ist, die Arbeit nicht zu erlösen (im Sinne des „freien Arbeitervolkes“, der zur Ausbeutung der vielen führt), aber sie auf neuem Boden neu zu gründen, daß sie mit Freuden getan wird. Das aber die „Genossenschaft“ dauere und das Recht, etwa 50 Proz. „Vollarbeit“ zu verlangen? Das wird von Katoir entschieden verneint. „Proletariat“? — Das ist ein für allemal dahin und kann und darf nicht wiederkehren, dieser Begriff mit Weg, damit wir uns nicht verirren! So spricht aus dem Marburger Philosophen der sozialpolitische Optimist, und es wird hier eine Volkserziehung entwickelt die in dieser Zeit der Zerrissenheit und des Faders erfolgreich wirkt. Stadtkaufmann Dr. Kurt Buchenau.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 18. Dezember.

Jungvolkstätten. Ortsgruppe Hermannsdorf, 1/2 Uhr Welt. Treffpunkt im Volkshaus (Heddenhagen-Platz), Sonntag, 10. Uhr abends. Prof. Kumpig, Dr. Gieseler, Dr. Doherty, Herr Brandt, Gäste willkommen.

Wirtschaft

Die Verfassung des Eisenwirtschaftsbundes.

Im Reichswirtschaftsministerium ist ein Entwurf für eine Änderung der Verfassung des Eisenwirtschaftsbundes ausgearbeitet worden. Die Vollversammlung des Eisenwirtschaftsbundes hat einstimmig beschlossen, bei den bestehenden Instanzen eine Umgestaltung seiner Grundlage zu erwirken, und zwar sollte sie dahin gehen, daß die Organisation der Eisenindustrie ein wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper wird und nicht derart in Abhängigkeit vom Reichswirtschaftsministerium bleibt wie es gegenwärtig der Fall ist. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich bereit erklärt, auf diese Wünsche einzugehen. Der Entwurf sieht die Forderung sofortiger Rechnung zu tragen, daß auf das Verordnungsrecht des Reichswirtschaftsministeriums zum Teil Beschränkung geleistet wird, dafür aber den Verbrauchern bis zu den Endverbrauchern ein stärkerer Einfluß eingeräumt wird. In den Kreisen der Eisenindustrie sieht man diesem Entwurf sehr ablehnend gegenüber, weil das Schicksal der Eisenindustrie damit ganz in die Hände der Verbraucher gelegt würde und der Einfluß der eisenhaltigen Industrie geradezu besetzt ist würde. Nach der Stellungnahme des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben die in den Eisenwirtschaftsbund entsandten Arbeitervertreter, auch wenn sie der Eisenindustrie angehören, sich nicht als Vertreter dieser Industrie, sondern nur als Lohnempfänger und Verbraucher zu fühlen.

Angst über Holzpreise. Bei den jetzt stattfindenden Holzpreiserhöhungen in den mitteldeutschen Forsten zeigt sich fast durchweg eine erhebliche Steigerung der Preise gegen das Vorjahr. Oft wird das Doppelte des Vorjahres geboten.

Die für das kommende Jahr zu erwartende Wiederbelebung des Baumarktes mit Rohmaterialien stellt der Handel bereits offensichtlich in Aussicht und bietet doppelt hohe Preise!

H. Stoll u. Co., Spiralbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik Akt.-Ges., Berlin-Köpenick. Der Aufsichtsrat beschloß die Verleihung des Aktienkapitals von 14 auf 25 Millionen Mark. Die neuen Aktien werden von einem unter Führung der Deutschen Bank stehenden Konsortium übernommen und den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 1:1 zum Kurse von 112 Proz. angeboten.

Der Börsenkurs steht heute früh 480 Proz., die Dividende betrug 15 Proz. In der Ausübung des Bezugsrechts auf neue oder Jungaktien zu den niedrigen Kurskursen liegen für die Aktionäre außerordentliche Gewinne.

Gewerkschaftsbewegung

Ein demagogisches Manöver.

In einer am Freitag abgehaltenen Mitgliederversammlung des Bekleidungsarbeiterverbandes richtete Schumacher im Rahmen eines Vortrags über die Verfassung scharfe Angriffe gegen den Hauptvorstand und machte in einer keineswegs einwandfreien Weise Erwähnung für Moskauer. Er bestritt die Resolution, welche die sofortige Neuwahl der unbefähigten Zentralleitung und der Stellungsnehmer der Zentralleitung zur Arbeitslosenfrage im Sinne eines vom Vorstand abgelehnten kommunistischen Antrages fordert. Weiter lehnte die Resolution den Beschluß des Verbands gegen die kommunistische Helfervereinigung ab und sagte dazu:

„Die Vereinigung steht noch wie vor auf dem Standpunkt, daß die Verbindung mit den russischen Genossen unter allen Umständen beibehalten werden muß. Sie fordert daher die Zentralleitung wiederum auf den im Mai in Moskau stattfindenden Kongress durch Delegation zu beistehen, und beauftragt um die Frage, ob internationale Verbindung mit Moskau, oder Moskau hergestellt wird.“

Diese Resolution und mehr noch Schumachers Rede sucht den Anschein zu erwecken, als ob auf dem Moskauer Kongress eine Verständigung über die Gewerkschaftsfrage, vielleicht sogar eine Entscheidung für Amsterdam möglich wäre. Doch ist eine bewusste Irreführung. Schumacher muß doch wissen, was jeder Arbeiter weiß, nämlich, daß seine Moskauer Genossen die der Amsterdamer Internationale angehörenden Gewerkschaften als Gelbe, als Heiser des Kapitalismus und als Gegenrevolutionäre bezeichnet haben und daß die Moskauer Internationale gegründet werden soll, um die Amsterdamer Internationale und die zu ihr gehörenden Gewerkschaften zu ruinieren. Die Moskauer denken gar nicht daran, sich mit den Amsterdamer zu verständigen, sondern sie wollen sie bekämpfen. Wer nicht in dieser Absicht nach dem Moskauer Kongress geht, der wird bei den russischen Genossen Schumachers keine Genossenschaft finden. Das wird aber den Berliner Arbeitern, die man für Moskau einbringen will, nicht recht verschmerzen. — Ganz richtig wies der Unabhängige Fischer darauf hin, daß seine Parteigenossen die Verbindung mit Moskau verabsäen, aber ein Diktat hineingebracht haben, das bestimmt ist, die Arbeiterbewegung in Stücke und Scherben zu schlagen.

Über das half alles nicht. Schumacher verstand es, die Stimmung der Mehrheit in seinem Sinne zu beeinflussen, und zwar in einer Weise, daß am Freitag zum Beispiel, Schumacher, sei ein ganz gemeiner Demagoge.

In der Diskussion ging es manchmal sehr stürmisch her. Schumacher hat fast zwei Stunden die schärfsten Angriffe gegen den Hauptvorstand gerichtet. Mehrere Diskussionsredner hielten in dieselbe Reihe. Dann wurde die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt, und der erste, den die Beschränkung traf, war das von Schumacher auch persönlich sehr hart angegriffene Hauptvorstandsmitglied Pletzel, der in 15 Minuten natürlich nur auf einen kleinen Teil der Angriffe erwidern konnte. Die Verlängerung der Redezeit für Pletzel wurde abgelehnt, ebenso die Vertagung der Versammlung die in später Stunde doontragt wurde, um dem Hauptvorstand Gelegenheit zu geben, sich in einer neuen Versammlung gegen die Angriffe Schumachers zu verteidigen. Die Versammlung schloß die Diskussion und nahm die Schumacherische Resolution gegen eine starke Mehrheit an.

Vorher spielte sich noch ein erregter Austritt ab. Schumacher hatte behauptet, Pletzel habe in der Verfassung gesagt, daß die für Moskau eintreten, seien Verbrecher. Pletzel hat in ganz entschieden, eine solche Äußerung gemacht zu haben. Als Schumacher seine Behauptung aufrechtsetzte, bezeichnet ihn Pletzel als einen gemeinen Lügner.

Ueberschichtenlohn und Steuern.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter hat an das Reichsfinanzministerium, an den Präsidentschaftlichen der sozialdemokratischen und an den Vorsitzenden der rechtsunabhängigen Partei eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, darauf hinzuwirken, daß die Beschlüsse für die Ueberschichten, die die Bergarbeiter verfallen, nicht als Einkommen gerechnet und zur Steuer herangezogen wird. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Eingehung des Ueberschichtenlohns in die Steuerpflicht bei den Bergarbeitern eine starke Entlastung auslösen und die schlimmsten Folgen nach sich ziehen würde.

